

Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

Herrn Bruno Damann
Regierungsrat
Volkswirtschaftsdepartement
Davidstrasse 35
9001 St.Gallen

Dietfurt/Niederbüren, Juli 2017

Biodiversitätsstrategie St.Gallen 2018–2025

Entwurf des Volkswirtschaftsdepartementes vom 6. Juni 2017

Stellungnahme der Eidgenössisch-Demokratischen Union EDU Kanton St. Gallen
(eingereicht per Post und per E-Mail an info.vdgs@sg.ch)

Sehr geehrter Herr Damann
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns bei Ihnen für die Möglichkeit zur obgenannten Vorlage eine Stellungnahme einzureichen.

Die biologische Vielfalt im Kanton langfristig zu erhalten und damit eine hohe Lebens- und Umweltqualität als bedeutenden Standortfaktor im Kanton St. Gallen sicherzustellen ist sicher ein ehrenwertes Ziel. Auch die drei Leitideen „Möglichst grosse Wirkung mit den eingesetzten Mitteln, alle profitieren von der Biodiversität und tragen damit Verantwortung, Vorhandenes soll erhalten und gestärkt werden“ ist grundsätzlich zu begrüßen. Auch, dass die Regierung gezielt Akzente setzen möchte in Bereichen, bei denen die Herausforderungen am grössten und die Hebelwirkungen am Vielversprechendsten sind, dem kann die EDU Kanton St. Gallen grundsätzlich zustimmen. Ob die vorgesehenen Massnahmen hierfür am zielführendsten sind, bleibt jedoch eine wichtige Frage.

Es müssen unbedingt weitere Aspekte miteinbezogen werden. Für die EDU sind dies:

1. Die Zuwanderung

Dieser Aspekt ist nicht unwesentlich. Mit dem Bevölkerungswachstum braucht es immer mehr Infrastruktur mit allen negativen Begleiterscheinungen, womit der Anteil unbebaute Fläche stetig abnimmt.

2. Die Landwirtschaft und damit die Eigenversorgung

Je mehr die Landwirte mit Bürokratie und Vorschriften belastet und gefordert werden, umso schwieriger wird es für sie, während ihrer verbleibenden Zeit für die eigentliche praktische Arbeit aus eigenem Antrieb und mit Freude auch noch Rücksicht auf die Natur zu nehmen. Es ist sicher keine Lösung, wenn die Anzahl Landwirtschaftsbetriebe in der Schweiz weiter abnehmen soll zugunsten grösserer Betriebe, wie von Bundesrat Johann Schneider-Amann befürwortet. Diese wirtschaften kaum naturnaher. Wenn zudem die Eigenversorgung abnimmt und dafür mehr Grundnahrungsmittel importiert werden müssen, kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese meist günstigeren Nahrungsmittel ebenso naturnah und qualitativ hochstehend produziert wurden. Zudem nehmen die Transportwege zu, was nicht im Sinne von Umweltschutz sein kann. Mit dem am 24. September zur Abstimmung gelangenden Gegenvorschlag zur

Ernährungssicherung, wird genau dies gefördert. Weil der Bundesrat unter Druck ist, möchte er die Grenzen für freien Handel auch für Landwirtschaftsprodukte öffnen. Dies, weil es sonst schwieriger ist, mit verschiedenen Ländern Handelsverträge abzuschliessen. Die Schweiz sollte sich jedoch dafür stark machen, dass alle Länder möglichst frei sind, die Eigenversorgung zu fördern und damit die Abhängigkeit vom Ausland zu mindern.

Ob es wirklich bei 85 % der Gelder für die Landwirtschaft bleibt, ist auch eine grosse Frage. Das Problem bei den Subventionen ist, dass die Bevölkerung und viele Politiker diese nicht mehr nachvollziehen können, weil sie die Hintergründe zu wenig kennen. Schon zu lange wird bei den Nahrungsmitteln keine Kostenwahrheit mehr betrieben. In der Schweiz sind die Preise dafür unter anderem wegen den hohen Anforderungen an die Qualität, aber auch wegen den strengeren Vorschriften und der „Kleinräumigkeit“ höher.

Gerne weist die EDU auf eine Studie hin:

Zitat aus der Zeitschrift factum Nummer 6, 2017 von Thomas Lachenmaier unter dem Titel „**Bewirtschaftung ohne Artenschwund**“, welcher sich auf eine Studie der technischen Universität München bezieht (siehe <https://www.tum.de/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/detail/article/34004/>):

Intensive Bewirtschaftung von Grünland ist schlecht für die Artenvielfalt. Wenn aber unterschiedliche Formen von Bewirtschaftungen innerhalb einer Region optimal verteilt werden, kann die Zahl der Insektenarten sogar gesteigert werden. Das zeigt eine Studie der TU München. Für die Studie wurden Daten von mehr als tausend Arten von Gliederfüssern ausgewertet, die auf über hundert Wiesen und Weiden erfasst wurden. Der Datensatz stammt von Flächen der Biodiversitäts-Exploratorien in den Regionen Schwäbische Alb, Hainich-Dün und Schorfheide-Chorin.

Die Studie zeigt, dass der Konflikt zwischen Produktionssteigerung bei gleichzeitigem Arterhalt lösbar ist. Die einzelnen Flächen einer Region müssen dafür unterschiedlich intensiv genutzt werden, es entstehen Ausgleichs- und Schutzeffekte. Die Landwirte einer Region müssen „wie ein Orchester zusammenarbeiten“, sagt Dr. Nadja Simons. Der Einsatz von Computerprogrammen bei der Grünlandbewirtschaftung würde das erleichtern. Die Studie wurde im Wissenschaftsmagazin „Nature Ecology and Evolution“ veröffentlicht.“

Wir empfehlen, diese Studie genauer zu studieren.

Die EDU möchte noch auf folgende Hintergründe grundsätzlich hinweisen rund um diese Vernehmlassung zur Förderung der Biodiversität:

1. Es darf nicht darum gehen, dass Theoretiker und Idealisten sich mit neuer Arbeit versorgen. Es muss immer das Gesamtwohl im Blick sein. Es geht dabei auch nicht darum, dass der Kanton St. Gallen möglichst vorprescht, um schneller als andere Kantone Massnahmen in diesem Bereich zu präsentieren und damit an seinem Image zu arbeiten.
2. Es geht auch nicht um politisch korrekte Massnahmen. Die Frage muss immer sein: Was ist sinnvoll und zeigt Wirkung? Leider werden auch in der Wissenschaft nicht mehr alle Meinungen und Ansichten mit durchaus zu begründenden Anhaltspunkten akzeptiert. So darf der menschengemachte Klimawandel nicht angezweifelt werden ebenso die Schädlichkeit von CO₂.

3. Die Agenda 2030, auf welche sich jetzt diese Vernehmlassung unter anderem stützt, ist leider alles andere als frei von unter Punkt 2 genannten Kritikpunkten und weiteren Ideologien. Die Agenda 2030 greift umfassend in weitere Bereiche der Gesellschaft und der Staaten ein, wenn die Staaten diese umsetzen. Leider konnte das Schweizervolk trotz direktem Demokratierecht in dieser wichtigen Sache nicht mitbestimmen.
4. Die Massnahmen sind immer auch eine Frage der finanziellen Ressourcen und Prioritätensetzung. Wenn ländliche Gebiete schlussendlich immer mehr zu Naturreservaten mit vielen damit verbundenen Einschränkungen werden sollen und dafür vieles aus dem Ausland mit dort umso schädlicheren Auswirkungen bezogen werden soll, kann dies nicht erstrebenswert sein. Es braucht ein gewisses Gleichgewicht zwischen Nutzung und Naturschutz.
5. Wir können die Welt nicht retten, jedoch einen Beitrag leisten zum Artenerhalt und der Artenvielfalt. Dazu gehört auch Genügsamkeit und sicher nicht Konsumsucht. Auch wird sich die zunehmend in virtueller Welt aufwachsende junge Generation unter diesen Umständen in der Praxis kaum umweltfreundlicher verhalten. Anstatt diese Entwicklung zu fördern könnte man sie begrenzen, gerade an den Schulen.
6. Einpersonenhaushalte brauchen ebenfalls mehr Ressourcen.
7. Die EDU ist für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern. Der Staat ist nicht für jeden und alles zuständig. Die Selbstverantwortung und der Anreiz zur Selbsthilfe sind uns wichtig. Die Schweiz soll sich bemühen, die Steuern in der Bevölkerung möglichst tief zu halten, damit wir nicht zur Steuerhölle verkommen und die Lebenshaltungskosten nicht zusätzlich verteuert werden.

Mit diesen Ausführungen hoffen wir, einen konstruktiven Beitrag geleistet zu haben.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen der EDU Kanton St. Gallen

Lisa Leisi Präsidentin der EDU Kanton St. Gallen

Für weitere Auskünfte:

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen lisa.leisi@edu-schweiz.ch / 071 983 39 49

David Gysel, Sekretär EDU Kanton St. Gallen david.gysel@edu-schweiz.ch / 071 420 92 64